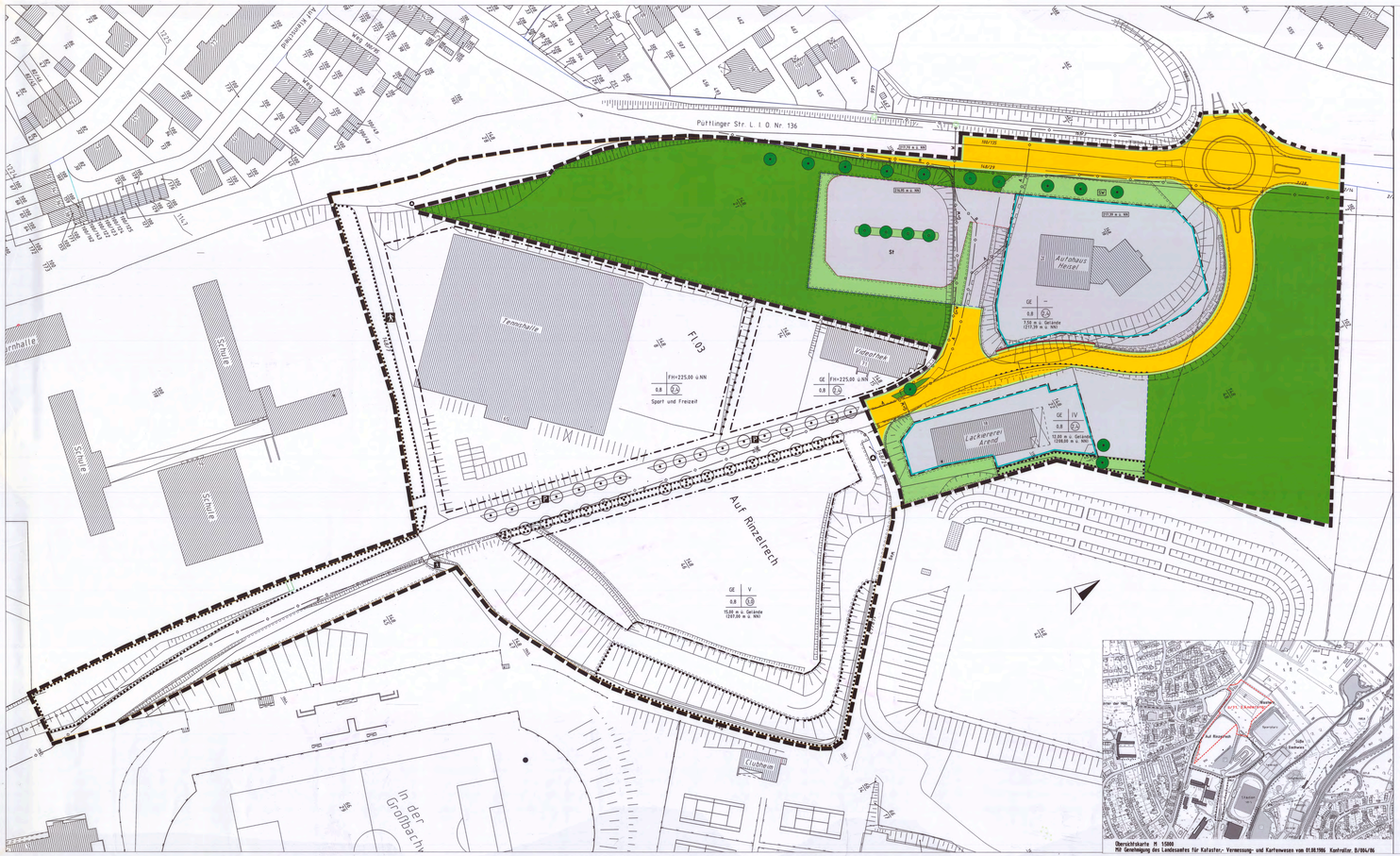

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

Gemäß der Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90

ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 8 BauNVO)

GE — Gewerbegebiete gem. § 8 BauNVO

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 BauNVO)

z.B. 0,8 — Grundflächenzahl

z.B. (2,4) — Geschossflächenzahl

z.B. VI — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

12,00 m ü. Gelände — Höhe der baulichen Anlage über Gelände

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und §§ 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN / VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 11 BauGB)

Straßenverkehrsfläche, Straßenbegrenzungslinie

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und 14 BauGB)

SW — Regenwasser, Abwasser, Gas + Wasser

GRÜNFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Öffentliche Grünfläche

Private Grünfläche

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Fläche zum Anpflanzen/Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (öffentlich)

Fläche zum Anpflanzen/Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (privat)

Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (privat)

Anpflanzen von Bäumen

Erhaltung von Bäumen

Flächen für die Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Stützmauer

Abgrabung

SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Grundstücksgrenze vorhanden / geplant

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung/ unterschied. Maß der baulichen Nutzung

Gebäude- und Anlagenbestand

Vorhandene Böschungen

Umgrenzung von Flächen für Stellplätze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

LR — Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen
(§ 9 (1) Nr. 21 BauGB)

SW — Sammelwasserbeanlage

Hinweise:

1. Da im Planbereich Munitionsgefahren nicht auszuschließen sind, wird ein vorsorgliches Absuchen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst empfohlen.
2. Aufgrund der Nähe zur ehem. römischen Reihburg "Rammelfe" wird auf die Einhaltung des Saar. Denkmalschutzgesetzes (SDschG) vom 21. November 2007 hingewiesen.
3. Bezüglich der Beseitigung von Niederschlagswasser wird auf das Saar. Wassergesetz (SWG) vom 21. November 2007, § 49a hingewiesen.
4. Da der Planbereich innerhalb der ehem. Eisenerzkonzession Geisautem liegt, ist bei Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und ggf. dem Oberbergamt mitzuteilen.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 BAUGESETZBUCH (BauGB) UND BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BauNVO)

1. **Geltungsbereich (§ 9 Abs. 7 BauGB):**
   siehe Plan
2. **Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO):**
   Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO):
   2.1 zulässige Anlagen:
   Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören; öffentliche Betriebe; Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude; Anlagen für sportliche Zwecke; (§ Vm. § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO)
   2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen:
   Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke; Wohnungen für Aufsicht- und Bereitschaftspersonen, sowie für Betriebsinhaber und -leiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind. Die Anzahl der Wohnungen pro Betrieb auf eine Wohnung begrenzt (Vm. § 1 Abs. 6 BauNVO).
   2.3 nicht zulässige Anlagen:
   Einzelhandelsbetriebe der Sortimentsgruppen: Nahrungs- und Genussmittel, Schuhe, Bekleidung, Spielwaren, Baumärkte und Gartencenter; Betriebe, deren Überwiegender Betriebszweck aus Lagerhalle besteht; Vergnügungsstätten (Vm. § 1 Abs. 5, 6 und 9 BauNVO).
   Gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO wird festgesetzt, dass Betriebe im Gewerbegebiet einen immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel tagsüber (6-22 Uhr) von 65 dB (A) und nachts (22-6 Uhr) von 40 dB (A) nicht überschreiten dürfen.
3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB u. § 23 BauNVO):
   Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt (siehe Plan). Ein Vortreten der Gebäude in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.
4. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 BauNVO):
   4.1 Grundflächenzahl: 0,8
   4.2 Geschossflächenzahl: 2,4
   4.3 Höhe der baulichen Anlagen über Gelände: siehe Plan
   4.4 Zahl der Vollgeschosse: siehe Plan
5. Verkehrsflächen/Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, sowie deren Ein- und Ausfahrten (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 11 BauGB):
   5.1 Straßenkörper: siehe Plan
   5.2 öffentliche Parkfläche: siehe Plan
   5.3 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt: siehe Plan
6. Garagen und Stellplätze (§12 BauNVO):
   Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
   Stellplätze sind innerhalb und außerhalb überbaubarer Grundstücksflächen zulässig.
   Für die ausgewiesene Stellplatzfläche wird ein Höhenniveau von max. 216.95 m ü.NN festgesetzt.
7. Hauptversorgungsleitungen und Hauptabwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und 14 BauGB):
   siehe Plan
8. Nebenanlagen (§ 14 BauNVO):
   Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind in dem festgesetzten Baugebiet nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Eine Überschreitung der GFZ ist nicht zulässig.
   Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO, die der Versorgung der Baugebiete mit Elektrizität, Wärme und Abwasser dienen, sind ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, auch soweit für sie im Bebauungsplan keine besonderen Flächen festgesetzt sind. Dies gilt ebenso für fernmeldetechnische Nebenanlagen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien, soweit nicht § 14 Abs. 1 Satz 1 Anwendung findet.
9. Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB):
   Stellplätze sind in wasserdurchlässiger Bauweise z.B. wassergebundene Decke, Schotterrasen, Rasenpflaster oder Rasengittersteine auszuführen.
10. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB):
    Öffentliche und private Grünflächen: siehe Plan
11. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB):
    Eine Pflanzliste ist dem Bebauungsplan beigefügt.
    11.1 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern:
    Die privaten Grünflächen sind intensiv mit standortgerechten Sträuchern und Im Straßenbereich mit großkronigen Bäumen zu bepflanzen. Vorhandene Bäume sind zu erhalten. Pro Garagenvorfläche Fläche ist eine Pflanze zu pflanzen. Die Grünfläche soll drei Jahre lang gepflegt werden. Nach dem Ablauf dieser Zeit sollen die Pflanzungen die Sukzession überlassen werden.
    11.2 Dachbegrünung:
    Flachdächer sind, soweit keine betrieblichen Belange wie Belichtung und Belüftung entgegenstehen, dauerhaft zu begrünen.
    11.3 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:
    siehe Plan
    11.4 Stellplätze sind durch einen Grünstreifen mit standortgerechten Bepflanzungen einzufrieden. Die Bepflanzung ist dauerhaft zu erhalten.
12. Flächen für Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB):
    siehe Plan
13. Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
    siehe Plan
14. Sammelwasserbeanlage: siehe Plan

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT

gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.Vm. § 85 LBO

Gestaltung der Gebäude-Fassaden
(§ 85 Abs. 1 Nr. 1 LBO)
Bei der Fassadengestaltung sind folgende Materialien zu verwenden:
-Putz
-Natursteinen
-Holz
-Glas
Andere Materialien sind nur im untergeordneten Maß zu verwenden.

Unbebaute Flächen der bebauten Grundstücke
(§ 85 Abs. 1 Nr. 3 LBO)
Die unbebauten Flächen der Baugrundstücke sind als Grünflächen anzulegen und zu unterhalten. Dabei sind zur Anpflanzung geeignete standortgerechte Pflanzen und Gehölze gemäß Pflanzliste zu verwenden.
Das Anlegen von notwendigen Zufahrten ist zulässig.

Heizungsart
gem. § 85 Abs. 2 Nr. 1 BKI)
Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird die Nutzung von festbrennstoffbefeuerten Einzelheizungsanlagen untersagt.

Bearbeitet: Mathis / Lowen/ Paquet
Völklingen, 06.07.2009

Liste der gem. § 9 Nr. 25 a BauGB i.V. m. § 21 BNatSchG und § 9 SNG zulässigen Gehölze

Baumarten

A	geeignet	(Strauch: mind. 2 x v., H. 60-100 cm) (Heister mind. 2 x v., H. 125-150 cm) (Hochstamm: mind. 3 x v., Bü. 10-12 cm)	Endwuchshöhe [m]	öffentl. Grün	Private Grünf. Gärten
A	Alleebäume	(mind. 3 x v., Bü.2, 14 - 16 cm)			
P	Stellplätze	(Hochstamm: mind. Bü.2, 16 - 18 cm)			

Die Denkzeiten von 20 % nicht überleben.

Acer platanoides	Spitzahorn	30	o	o
Acer pseudoplatanus	Bergahorn	30	o	o
Alnus glutinosa	Schwarzerle	20	o	o
Betula pendula	Hängebirke	25	o	o
Carpinus betulus	Hainbuche	20	o	o
Fraxinus excelsior	Gemeine Esche	35	o	o
Obstbäume	Halb-/Hochstämme	4-5		
Populus tremula	Zitterpappel, Espe	15	o	o
Prunus avium	Vogelkirsche	20	o	o
Quercus robur	Stieleiche	35	o	o
Salix caprea	Salweide	10	o	o
Sorbi subera	rötliche Bruchweide	20		
Sorbus aucuparia	Eberesche	12	o	o

Straucharten

Berberistrauchen	verschiedene Sorten	1-2		
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel	3	o	o
Corylus avellana	Hasel	5	o	o
Euonymus europeus	Pfaffenhütchen	5	o	o
Ligustrum vulgare	Liguster	5	o	o
Lonicera periclymenum	Waldheckenkirsche	2	o	o
Prunus spinosa	Schlehe	5	o	o
Rhamnus frangula	Faulbaum	5	o	o
Rosa canina	Hundsrose	3	o	o
Rubus fruticosus	Brombeere	2	o	o
Rubus idaeus	Himbeere	1	o	o
Salix aurita	Ohrenweide	3	o	o
Salix viminalis	Korbweide	8	o	o
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder	6	o	o
Sambucus racemosa	Roter Holunder	6	o	o
Viburnum opulus	Gemeiner Schneeball	4	o	o

Dachbegrünung

Gräser:			
Bromus erectus	Aufrechte Trespe	o	o
Festuca ovina spec	Schafschwingel	o	o
Poa compressa	Flaches Rispengras	o	o
Stauden:			
Anthemis tinctoria	Färbekamille	o	o
Coronilla varia	Bleiwurzgewächse	o	o
Chrysanthemum leuc	Margarite	o	o
Hieracium pilosella	Kl.-/langhaar. Ho-habichtskraut	o	o
Potentilla verna	Frühlings Fingerkraut	o	o
Sedum acre	Scharfer Mauerpfeffer	o	o
Sedum album	Weißer Mauerpfeffer	o	o
Sedum sexangulare	Milder Mauerpfeffer	o	o
Thymus spec	Thymian	o	o

Entlang der Püttlinger Straße ist in einer Breite von ca. 10 m ein intensiv bepflanzter Sichtschutzstreifen herzustellen. Das Weiteren sollen dort keine beerentragenden Bäume und Sträucher gepflanzt werden (Vogelschutz).

RECHTSGRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten die folgenden Gesetze und Verordnungen:

- das Baugesetzbuch **(BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018);
- die Baunutzungsverordnung **(BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466);
- die Planzeichenverordnung **(PlanzV)** vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991, S. 58);
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung **(UVPG)** in der Fassung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470);
- das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege -Bundesnaturschutzgesetz **(BNatSchG)** in der Fassung vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986);
- das Bundesimmissionsschutzgesetz **(BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470);
- das Bundesbodenschutzgesetz **(BBodSchG)** vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214);
- das Wasserhaushaltsgesetz **(WHG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666);
- das Raumordnungsgesetz **(ROG)** vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), geändert durch Gesetz vom 28. März 2009 (BGBl. I S. 643);
- das Waldgesetz für das Saarland (Landeswaldgesetz - **(WaldG)**) vom 26. Oktober 1977 (Amtsblatt S. 1005), geändert durch Artikel 3 Abs. 8 des Gesetzes vom 05. April 2006 (Amtsblatt S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. November 2007 (Amtsblatt 2008, S. 278);
- die Bauordnung für das Saarland **(LBO Saarland)**, vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt S. 822), geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. November 2007 (Amtsblatt 2008, S. 278);
- das Saarländische Wassergesetz **(SWG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsblatt S. 2393);
- das Saarländische Straßengesetz **(SaarStrG)** in der Fassung vom 15. Oktober 1977 (Amtsblatt S. 1605, geändert durch das Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsblatt S. 474, 530), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsblatt S. 2393);
- das Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - **SNG**) vom 05. April 2006 (Amtsblatt S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 23 LVm. Artikel 14 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der sozial. Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt S. 2393);
- der § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes **(KSVG)** in der Fassung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 01. Oktober 2008 (Amtsblatt S. 1902);
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland **(SaarUVP)** in der Fassung vom 30. Januar 2002 (Amtsblatt S. 2484), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 LVm. Artikel 4 des Gesetzes Nr. 1629 zur Regelung des Zugangs zu Umweltinformationen vom 12. September 2007 (Amtsblatt S. 2026);
- das Saarländische Denkmalschutzgesetz **(SDschG)** vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt S. 1498), geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsblatt S. 474, 530), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsblatt S. 2393).

VERFAHRENSMERKMALE

Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat in seiner Sitzung am 30.06.2009 gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.Vm. § 13a BauGB die **3. Änderung** des Bebauungsplanes **II / 71, "Auf Rinzelrech"**, in Völklingen beschlossen. Der Beschluss, den Bebauungsplan zu ändern, wurde mit dem Hinweis auf Durchführung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung am 05.08.2009 ortsüblich bekanntgemacht . Gleichzeitig wurde über die Einschränkmenmöglichkeit gem. § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB informiert.
Die Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom17.08.2009 bis 28.08.2009 statt.

Der Bebauungsplan beabsichtigt aus der Planeschmung (Teil A), den Textfestsetzungen (Teil B) und der Begründung (Teil C) hat gemäß § 13a Abs. 2 Nr.1 i.Vm. § 13 Abs. 2 Nr.2 BauGB in der Zeit vom 14.09.2009 bis einschließlich 13.10.2009 Gelegenheit zur Einsicht gehabt. Während der Auslegungsfrist wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Abwägung unberücksichtigt bleiben können, wurde die Öffentlichkeit Nach Abs.1 und § 47 Abs. 2a VwGO, am 09.09.2009 ortsüblich bekannt gemacht. Die nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 09.09.2009 über die Auslegung benachrichtigt. Während der Auslegung gingen Anregungen ein, die vom Stadtrat der Mittelstadt Völklingen am **xx.xx.**2010 geprüft wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 BauGB).

Die Behörden, Stellen und Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbarkommunen wurden gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.Vm. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB mit Schreiben vom 09.09.2009 an der Änderung des Bebauungsplanes beteiligt. Das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbarkommunen wurde vom Stadtrat am **xx.xx.**2010 in die Abwägung eingestellt.

Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am **xx.xx.**2010 die **3. Änderung** des Bebauungsplanes **II / 71, "Auf Rinzelrech"**, in Völklingen als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planeschmung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Völklingen, den **xx.xx.**2010

Der Oberbürgermeister

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Der Satzungsbeschluss wurde am **xx.xx.**2010 ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt gem. § 10 Abs. 3 BauGB die **3. Änderung** des Bebauungsplanes **II/71, "Auf Rinzelrech"** bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen werden.

Völklingen, den **xx.xx.**2010

Der Oberbürgermeister

STADT VÖLKLINGEN

BEBAUUNGSPLAN
3. Änderung "Auf Rinzelrech" in VÖLKLINGEN

PLANBEREICH: II / 71

M 1:500

Stand: Satzung gem. § 10 BauGB

Fachbereich 4
Fachdienst 46 / Stadtplanung und -entwicklung

Völklingen,den **xx.xx.**2010

Fachdienstleiter (Schewe) | Fachbereichsleiter (Hermann) | Oberbürgermeister (Lang)

Fachdienst 47 / Vermessung und Geo-Information

Für die Übereinstimmung des Planes mit der Örtlichkeit und dem Katasternachweis

Völklingen, den **xx.xx.**2010

Leitende Vermessungsingenieurin